

unter den Bedingungen der ausländischen Militärintervention und des Bürgerkrieges, da nach einem Ausspruch F. E. Dzierzynskis „unser Haus gerettet werden mußte“⁴⁴, unbedingt notwendig war, entsprach nicht mehr den neuen Bedingungen des friedlichen wirtschaftlichen Aufbaus, den Bedingungen einer gefestigten und gesicherten Macht.

In seinem Referat auf dem IX. Gesamtrussischen Sowjetkongreß im Jahre 1921 sagte W. I. Lenin: „Wir haben gegenwärtig die Aufgabe, den Warenverkehr zu entwickeln - das erheischt die neue ökonomische Politik —, das aber erfordert größere revolutionäre Gesetzlichkeit. Es ist klar, hätten wir unter den Bedingungen des militärischen Angriffs, als der Feind die Sowjetmacht an der Gurgel packte, hätten wir damals diese Aufgabe an die Spitze gestellt, so wären wir Pedanten gewesen, hätten wir Revolution gespielt, aber nicht Revolution gemacht. Je mehr wir in Verhältnisse eintreten, die feste und sichere Machtverhältnisse sind, je stärker sich der Warenverkehr entwickelt, desto nachdrücklicher muß die entschiedene Lösung der Verwirklichung größerer revolutionärer Gesetzlichkeit in den Vordergrund gerückt werden, und desto mehr verengt sich die Sphäre der Institution, die auf jeden Schlag der Verschwörer mit einem Gegenschlag antwortet.“⁴⁴¹²⁴ So begründete W. I. Lenin die Reorganisation der Tscheka und empfahl, sie einer Reform zu unterziehen, ihre Funktionen und Kompetenzen festzulegen und ihre Tätigkeit auf politische Aufgaben zu beschränken. Der IX. Sowjetkongreß, der in einem besonderen Beschluß die heldenhafte Arbeit, die von den Organen der Allrussischen Außerordentlichen Kommission in den schwersten Tagen des Bürgerkrieges geleistet worden war und ihre großen Verdienste auf dem **Gebiet der Festigung und des Schutzes der Errungenschaften der Oktoberrevolution** würdigte, beschloß, den Tätigkeitsbereich der Allrussischen Tscheka einzuengen und den Kampf gegen Verletzungen der Gesetze der Sowjetrepublik den Gerichtsorganen zu übertragen.

Am 6. Februar 1922 wurde die Allrussische Tscheka auf Grund einer Verordnung des Allrussischen Zentralexekutivkomitees als Staatliche politische Verwaltung (GPU) beim Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten der RSFSR reorganisiert. Der Staatlichen politischen Verwaltung wurden folgende Aufgaben übertragen: